

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 12. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. März 2006, um 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

i. V. von Dr. Ekkehard Klug

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung, Ausbildung und Forschung am Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein	5
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/587	
2. Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 9 HSG - Universitätsklinikum Schleswig-Holstein für das Jahr 2004	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/420	
3. Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Hochschulfinanzierung	8
4. Neuordnung der Lehrerbildung	9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/264	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/284	
5. Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der 313. Tagung der Kultusministerkonferenz vom 2./3. März 2006 in Berlin	10
6. Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/416	

- 7. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006** **12**
Umdruck 16/614
- 8. Verschiedenes** **13**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung, Ausbildung und Forschung am Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/587

(überwiesen am 23. Februar 2006 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss)

hierzu: Eckpunkte der Sozialministerin für ein Rahmenkonzept
- Palliativmedizin und Hospizversorgung in Schleswig-Holstein -
Umdruck 16/649

St de Jager führt aus, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung, die beiden Medizinischen Fakultäten der Universitäten Kiel und Lübeck und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein dem Bereich der Palliativmedizin und Schmerztherapie in der Lehre und Krankenversorgung eine steigende Bedeutung beimäßen, was beispielsweise in dem im September 2005 eröffneten Zentrum für Schmerz- und Palliativmedizin am UK S-H in Kiel deutlich werde, sich aber nicht notwendigerweise durch die Einrichtung einer Professur abbilden müsse.

Abg. Hentschel unterstützt unter Hinweis auf die demographische Entwicklung und die Entwicklung der Palliativmedizin in anderen Ländern den FDP-Antrag, am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein einen Forschungsschwerpunkt in diesem Bereich zu etablieren.

Abg. Weber bemerkt, wiewohl es unbestritten sei, dass die Forschung auf dem Gebiet der Palliativmedizin verstärkt werden müsse, sei die Einrichtung von Stiftungsprofessuren nicht unproblematisch. Daher schlägt er vor, den FDP-Antrag um folgenden Satz zu ergänzen: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Kiel und Lübeck um eine Stellungnahme zur Implementierung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin.“

Auf eine Frage von Abg. Hildebrand teilt St de Jager mit, die Universität Lübeck habe gegenüber der Deutschen Krebshilfe fristgerecht eine entsprechende Absichtserklärung abgegeben.

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Sozialausschuss, den FDP-Antrag Drucksache 16/587 mit der von Abg. Weber vorgeschlagenen Ergänzung anzunehmen und in der März-Tagung des Landtages zu verabschieden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 9 HSG -
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein für das Jahr 2004**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/420

(überwiesen am 25. Januar 2006 an den **Bildungsausschuss** und den Finanz-
ausschuss zur abschließenden Beratung)

St de Jager berichtet über die Entwicklung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Der auf 28,7 Millionen € prognostizierte Fehlbetrag 2004 habe zwar auf 15,6 Millionen € reduziert werden können, Besorgnis erregend sei aber, dass sich das Betriebsergebnis trotz der ergriffenen Maßnahmen nicht verbessere. Zum Jahresende 2004 weise das UK S-H einen Bilanzverlust von 33,4 Millionen € aus. Das Eigenkapital des UK S-H sei aufgezehrt; die Liquidität des Klinikums werde durch einen Kredit bei der HSH Nordbank in Höhe von 25 Millionen € und kurzfristig durch die Landeskasse gedeckt. Für das Jahr 2005 rechne man mit einem Defizit von rund 20 Millionen €.

Jetzt werde das vom Kabinett am 16. August 2005 beschlossene Strategiekonzept zur nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Klinikums umgesetzt. Die Landesregierung werde noch im März 2006 einen Antrag zur Neufassung der Basisfallwerte in den Bundesrat einbringen. Die zukünftigen Tarifstrukturen würden weiter zu prüfen sein. Die angekündigte Portfolioanalyse sei fast fertiggestellt und werde wichtige Informationen über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kliniken und Institute liefern. Über das Ergebnis der Portfolioanalyse sowie über die Vergabe eines Auftrages zur Erarbeitung von Strategien für PPP-Projekte und Teilprivatisierungen einzelner Bereiche des UK S-H wolle das Wissenschaftsministerium den Finanz- und Bildungsausschuss in gemeinsamer Sitzung im April 2006 unterrichten.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/420 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Hochschulfinanzierung

Abg. de Jager berichtet über Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Hochschulfinanzierung und sagt auf Wunsch des Ausschusses zu, den Bericht in schriftlicher Form nachzureichen (siehe Umdruck 16/663).

Abg. Hentschel kritisiert, dass die bestehenden Ungleichgewichte der Länder im Bereich Wissenschaft und Forschung durch die Bundesförderung weiter verstärkt würden.

St de Jager räumt ein, dass der Südwesten Deutschlands, der über eine wesentlich stärkere Hochschullandschaft verfüge, von der Entflechtung profitieren werde. Eine Verteilung der Bundesmittel nach dem Königssteiner Schlüssel sei aber angesichts der Tatsache, dass die Zahl schleswig-holsteinischer Studierender die Zahl schleswig-holsteinischer Studienplätze ungefähr um das Doppelte übersteige, argumentativ nicht durchzusetzen. An einer Veränderung der Referenzzeiträume - damit greift er eine Frage von Abg. Weber auf - habe Schleswig-Holstein kein Interesse. Den von der Bundesbildungsministerin vorgeschlagenen Hochschulpakt unterstütze die Landesregierung nachdrücklich, denn Bund, Länder und Hochschulen müssten enorme Anstrengungen unternehmen, um die bevorstehenden gewaltigen Steigerungen der Studierendenzahlen bewältigen zu können. Das heiße, es werde sowohl einen Beitrag des Bundes zur Hochschullehre als auch eine deutliche Steigerung der Lehre der Hochschulprofessoren als auch eine Lenkung von Studierendenströmen geben müssen. Studienplätze würden - damit greift der Staatssekretär eine Frage von Abg. Spoorendonk auf - im Wesentlichen über Anreizsysteme vergeben.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet die von St de Jager zugesagte Vorlage des schriftlichen Berichts.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Neuordnung der Lehrerbildung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/264

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/284

(überwiesen am 28. September 2005)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/603

Stellungnahmen Umdrucke 16/506, 16/513, 16/515, 16/521, 16/539, 16/540,
16/541, 16/562

St de Jager berichtet, für alle Lehrämter sei ein Master-Studium vorgesehen, was eine Teilintegration des Vorbereitungsdienstes nach sich ziehe. Schleswig-Holstein strebe zumindest mit Hamburg und Niedersachsen eine möglichst kompatible Form der ersten Phase der Lehrerausbildung an. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wolle im Frühjahr eine politische Entscheidung zur ersten Phase der Lehrerbildung treffen und die CAU im Spätsommer/Frühherbst des Jahres die Akkreditierung der Master-Studiengänge für das Lehramt auf den Weg bringen, die zum Wintersemester 2007/08 beginnen sollten.

Abg. Hentschel beantragt, sich vor der Entscheidung über die zukünftige Struktur der Lehrerbildung von Experten die verschiedenen Modelle der Bachelor- und Master-Ausbildung vorstellen zu lassen (Umdruck 16/603).

Die Abgeordneten Hildebrand und Spoorendonk unterstützen den Antrag von Abg. Hentschel, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/603 abgelehnt, zur ersten Phase der Lehrerbildung eine Anhörung durchzuführen. Im Rahmen einer alternativen Abstimmung sprechen sich CDU und SPD für die Annahme der Drucksache 16/284, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Annahme der Drucksache 16/264 aus; damit empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/264, abzulehnen und den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache

che 16/284, anzunehmen. Außerdem nimmt der Ausschuss das Angebot von St de Jager an, dem Ausschuss eine Synopse der Kultusministerkonferenz über die unterschiedlichen Modelle und Strukturen der Lehrerausbildung zuzuleiten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der 313. Tagung
der Kultusministerkonferenz vom 2./3. März 2006 in Berlin**

St Dr. Meyer-Hesemann berichtet über die Ergebnisse der 313. Tagung der Kultusministerkonferenz zur Rechtschreibreform, zu Auswirkungen der Föderalismusreform auf Schule, Hochschule und Dienstrecht, die von „armen“ und „reichen“ Bundesländern unterschiedlich bewertet würden, zur Teilnahme an einer Studie zur Untersuchung des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule und zum Konzept zur Qualitätssicherung in der Hochschulforschung (vergleiche KMK-Pressemitteilung).

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Nachfragen zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Fragen der Abgeordneten Weber und Spoorendonk beantwortet Herr Meeder dahin, das Sozialministerium werde am 31. August 2006 im Rahmen einer Fachtagung in Rendsburg eine Jahresbilanz durchführen. Er stellt die Bedeutung des Leitprojektes Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten, Schulen und Kommunen heraus.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/416 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006

Umdruck 16/614 (neu)

Der Bildungsausschuss legt folgende Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2006 fest (Umdruck 16/614):

- Donnerstag, 24. August, 14:00 Uhr
- Donnerstag, 21. September, 10:00 Uhr (ganztägige Anhörung zum Schulgesetz)
- Mittwoch, 4. Oktober
 - 10:00 Uhr, Haushaltsberatung Einzelplan 06 (Wissenschaft) gemeinsam mit dem Finanzausschuss
 - 14:00, Uhr Bildungsausschuss
- Donnerstag, 5. Oktober
 - 10:00 Uhr, Haushaltsberatung Einzelplan 07 (Bildung) gemeinsam mit dem Finanzausschuss
 - 12:00 Uhr, Haushaltsberatung Einzelplan 03 (Kultur) gemeinsam mit dem Finanzausschuss
 - 14:00 Uhr, Bildungsausschuss
- Donnerstag, 9. November, 14:00 Uhr
- Donnerstag, 16. November, 14:00 Uhr (Reservetermin)
- Donnerstag, 7. Dezember 2006, 14:00 Uhr

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, sich in der nächsten Sitzung, am 20. April 2006, in Schleswig mit den Themen Schloss Gottorf und Danewerk zu befassen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Zum Thema „**Modellschule Halstenbek**“ (Umdruck 16/575) teilt St Dr. Meyer-Hesemann mit, nach zahlreichen Gesprächen werde ein weiteres Gespräch mit den Betroffenen im Ministerium stattfinden. Er hoffe, dass die notwendigen Klärungsprozesse möglichst rasch abgeschlossen würden und es zu einer zeitnahen, tragfähigen Lösung komme, damit der Schulbetrieb im Sommer beginnen könne.

Die Abgeordneten Hentschel und Spoorendonk äußern ihr Unverständnis darüber, dass die Prüfung des Antrages auf Genehmigung der Gemeinschaftsschule durch das Bildungsministerium so lange dauere.

- b) Eine Frage von Abg. Herold zum Antrag auf Genehmigung der „**Ostsee-Schule Flensburg**“ als Ersatzschule (Umdruck 16/581) beantwortet St Dr. Meyer-Hesemann dahin, weder sei die Abstimmung mit dem Verfassungsressort abgeschlossen noch seien alle Fragen mit der Schule geklärt worden. Auch hier hoffe man, dass die Schule sehr schnell ausreichende Antworten auf die noch ausstehenden Fragen gebe, sodass es möglichst rasch zu einer positiven Entscheidung kommen könne, die auch langfristig Bestand habe.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer